Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 72 (1992)

Heft: 1

Artikel: Stärken und Schwächen der Indischen Union : Indiens Einheit und der Trend zur Kleinstaaterei

Autor: Schöttli, Urs W.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-165016

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Urs W. Schöttli

Stärken und Schwächen der Indischen Union

Indiens Einheit und der Trend zur Kleinstaaterei

Das zwanzigste Jahrhundert wird als die Endzeit der klassischen Imperien in die Geschichte eingehen. *Hitlers* Streben nach einer späten Verwirklichung des deutschen Imperialismus vermochte nie über die brutalen Anfänge hinauszukommen. Die europäischen Kolonialreiche, insbesondere aber das den Sonderstatus eines Weltreiches beanspruchende britische Imperium, zerfielen nach dem Zweiten Weltkrieg rasch. Und nun, kurz vor der Jahrtausendwende, ist auch das russisch-sowjetische Imperium am Ende, nachdem unter dem Deckmantel des kommunistischen «Internationalismus» dessen wahrer Charakter als Völkergefängnis über lange Zeit hinweg verschleiert worden war.

Über das Ende dieser Imperien dürfte kaum jemand Tränen vergiessen, nicht einmal auf der Seite der Beherrscher. Dem objektiven Beobachter ist schon lange klar, dass die Aufrechterhaltung der Sowjetunion und ihrer imperialistischen Expansion in allen Teilen der Welt dem russischen Volk mehr Bürden als Vorteile einbrachte. Dies war auch der Fall in der Endphase des britischen Imperiums, wo beispielsweise seit der Jahrhundertwende der öffentliche Ressourcentransfer zwischen Indien und Grossbritannien für London defizitär war.

Auf der andern Seite besteht Besorgnis über den Trend zur Kleinstaaterei, der die Welt am Ende dieses Jahrhunderts prägt. Trotz präzedenzloser Kommunikations- und Reisemöglichkeiten scheinen sich die Menschen, wenn es um ihre unmittelbaren Lebensbereiche geht, auf die Kleinräumigkeit zurückzuziehen. Allenfalls interessiert man sich auf regionaler Ebene für grenzüberschreitende Zusammenarbeit in konkreten Belangen wie Umweltschutz, Nahverkehr und Arbeitsmarkt. Ansonsten ist eine rasch wachsende Zahl von Menschen, vor allem auch in den Industriestaaten, an einer möglichst monokulturellen, monoethnischen Umgebung interessiert. Daraus erwachsen Fremdenfeindlichkeit, ein begrenzter Horizont und Intoleranz gegenüber Andersartigem.

Die Indische Union lässt sich nicht mit den klassischen Imperien vergleichen. Sie ist, ähnlich den Vereinigten Staaten, ein multiethnischer, multikultureller und multireligiöser Staat. Der Zerfall der klassischen Imperien, zuletzt des sowjetischen, ist deshalb für Indien nicht von beispielhafter

Relevanz. Längerfristig bedrohlich für den staatlichen Zusammenhalt ist jedoch der Trend zur Kleinstaaterei. Anders als die USA wurde Indiens kultureller und ethnischer Pluralismus nicht durch Zuwanderung, sondern durch die staatliche Zusammenfassung von seit Jahrhunderten, ja seit Jahrtausenden ansässigen Religionen und Kulturen, Volks- und Sprachengruppen geschaffen.

Zerbrechliche Einheit

Der indische Subkontinent gehört zu den Regionen der Welt, welche die deutlichsten geographischen wie kulturell-zivilisatorischen Demarkationen aufweisen. Wenn man sich auf dem Landweg von Kleinasien nach Südasien bewegt, so ist unverkennbar, dass man beim Durchqueren Belutschistans, der westlichsten Provinz des heutigen Pakistan, in Indien einzieht und diesen kulturell-zivilisatorischen Kosmos im Grenzbereich von Bangladesh und Burma wieder verlässt. Die grosse Mehrheit der Pakistanis muss denn auch, was ihre Sprache, ihre Geschichte, ihre ethnische Zugehörigkeit und ihre Lebensgewohnheiten betrifft, zum indischen Zivilisationskreis gezählt werden. Ebenso die Mehrheit der Bangladeshis.

Vor allem Pakistan wird mit dem sich akzelerierenden Abtreten der Unabhängigkeitsgeneration von der politischen Bühne von wachsenden Identitätsproblemen geplagt werden. Es gehörte zur Islamisierungspolitik des Präsidenten *Mohammad Zia ul-Haq,* Pakistan durch verstärkte Ausrichtung auf den Mittleren Osten und die arabische Welt eine vom indischen Subkontinent klar abgegrenzte Identität zu schaffen. Dieses Bemühen fand selbst in der architektonischen Gestalt der grösseren pakistanischen Städte seinen Niederschlag, wo das subkontinentale Antlitz durch einen mittelöstlichen Firnis überdeckt wird. Symbolisch steht dafür die grosse Faisal-Moschee an der Einfahrt zur Hauptstadt Islamabad.

Die Teilung des Subkontinents beim Abzug der britischen Kolonialmacht war nicht nur eine Tragödie für unzählige Familien und Anlass für eines der blutigsten Massaker dieses Jahrhunderts, sie war auch in mehrfacher Hinsicht ein gravierender politischer Fehler. Abgesehen von der Frage, ob die Schaffung Pakistans auch eine Folge des in anderen Weltgegenden ebenso praktizierten «Teile und Herrsche» der Briten war, steht fest, dass die Teilung ohne die Kurzsichtigkeit subkontinentaler Politiker, unter ihnen *Jawaharlal Nehru,* nicht realisiert worden wäre. Mit der Weigerung, den Muslimen eine ihre Bevölkerungsstärke übertreffende parlamentarische Vertretung zu geben, gab der erste indische Premierminister *Jinnah* den Vorwand zur Schaffung eines eigenständigen islamischen Staats auf indischem Territorium.

Trotz der religiösen Untermauerung der Teilung des Subkontinents war Mohammad Ali Jinnah zeit seines Lebens einem säkularen Staatsverständnis verpflichtet. In mancher Hinsicht war er stärker von westlich-liberalen Einflüssen geprägt als Nehru. Seine Nachfolger verengten durch internen und äusseren Druck das pakistanische Staatsverständnis immer mehr auf den religiösen Aspekt. Wachsendes religiöses Selbstbewusstsein vermochte indessen die inhärente Instabilität des Kunstgebildes auf die Dauer nicht zu beseitigen. Die Sezession Ost-Pakistans unterstrich die auch für andere Zivilisationen, darunter Europa, geltende Tatsache, dass eine gemeinsame Religion allein zur Erhaltung nationaler Einheit nicht ausreicht, dass sie im Vergleich zu sprachlich-kultureller beziehungsweise ethnischer Identität ein weniger dauerhaftes und belastbares Element nationalstaatlicher Einheit ist.

Ungeachtet seiner bemerkenswert kohärenten geographischen und zivilisatorisch-kulturellen Gestalt, kennt der indische Subkontinent in seiner langen Geschichte nur kurze Perioden der politischen Einigung. Die Briten haben in der neueren Geschichte zweifellos einen erheblichen Beitrag zur Einigung Indiens geleistet. Der «British Raj» ruhte auf einer Reihe von Stufen der Unterordnung von Territorialherrschaften unter die britische Krone, die von der direkten Kolonialverwaltung bis zu Verträgen mit Attributen der Souveränität wahrenden Feudalherren reichte. Die Integration dieser anachronistischen, vielfach nicht lebensfähigen Feudalgebilde in die Indische Union war das Lebenswerk von Nehrus politisch gewichtigstem Mitstreiter *Sardar Patel.*

Die integrative Rolle einer Partei, einer Familie

Der Prozess des Zusammenwachsens, der vom feudalistisch zerrissenen Indien des 19. Jahrhunderts zur nationalen Integration in der Indischen Union führte, begann im politischen Bereich mit der bezeichnenderweise von einem Engländer *A. O. Hume* 1885 mitbegründeten Kongressbewegung. Die Notwendigkeit einer allindischen, programmatisch und ideologisch aber höchst diffusen Unabhängigkeitsbewegung ergab sich nicht nur aus dem Zwang, der Kolonialmacht mit einer geschlossenen Front entgegentreten zu können, sondern auch aus dem Bedürfnis nach einer neuen nationalstaatlichen Klammer für ein geeintes Indien. Der Korpsgeist der englischen Kolonialbeamten und die Loyalität gegenüber der britischen Krone mussten für die nach-britische Zeit durch neue Bindungen ersetzt werden. Nicht von ungefähr endete die Absplitterung einer auf religiösen Affinitäten beruhenden Partei, Jinnahs *Muslim Liga*, in der Katastrophe der «Partition» von 1947.

Die Rolle der nach 1947 als Regierungspartei funktionierenden allindischen Kongressbewegung als Stifterin und Wahrerin der nationalen Einheit fand auch nach Erlangung der Unabhängigkeit ihre Fortsetzung. Als einzige indische Partei stellte sie sich in allen Gliedstaaten den Wählern und kräftigte damit das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit, das auch im hohen indischen Beamtenkader, District Collector, Magistrate, Police Commissioner, seine äussere Manifestation gefunden hatte, einem Beamtenkader, das, wenn auch nicht durch Parteimitgliedschaft, aber durch Wertvorstellungen mit dem Kongress, insbesondere Jawaharlal Nehrus, eng verbunden war. Weder Motilal noch Jawaharlal Nehru hatten dynastische Absichten. Es waren vielmehr die politischen Ereignisse, die Turbulenz der Zeit und unbestreitbares politisches Talent, welche Jawaharlal Nehru – nicht in direkter Folge – auf seinen Vater an die Kongress-Spitze, und *Indira Gandhi* – nicht in direkter Folge – auf ihren Vater an die Regierungsspitze folgen liessen.

Die problematischen Folgen dieser Entwicklung manifestierten sich erst in der zweiten Phase von Indira Gandhis politischer Karriere, der Verhängung des Notstandes, der nachfolgenden Abwahl und schliesslich der Rückkehr an die Macht. Indira Gandhi entwickelte ein aussergewöhnlich hohes Mass an Misstrauen und Einzelgängerei. Dies führte zur Höflingswirtschaft, zum Rückzug auf die eigene Familie (erst Sanjay Gandhi und dann Rajiv Gandhi als auserkorene Nachfolger), und zur exzessiven Konzentration der Entscheidungsbefugnisse.

Trotz der Problematik der Regierungs- und Parteiführung von Indira Gandhi kann nicht verkannt werden, dass in den entscheidenden Jahren des nationalen Aufbaus die Kongresspartei und die Nehru-Gandhi-Familie Wegmarken für die nationalstaatliche Entwicklung waren. Das Schicksal Pakistans, nicht nur in Form der Sezession Bangladeshs, sondern auch in Form der politischen Instabilität, zeigt, welch verheerende Wirkung das frühe Verschwinden des Staatsgründers Jinnah wie auch von Premierminister *Liaq Ali Khan* haben musste. Indien ist dieses Schicksal – dank der Stabilität der Kongresspartei und der langen Regierungszeiten Nehrus wie Indira Gandhis – erspart geblieben.

Gemeinschaften und Friktionen ohne Zahl

Allein schon von der Bevölkerungszahl her ist die Indische Union kein Nationalstaat, sondern ein Kontinent. Uttar Pradesh, der bevölkerungsreichste Gliedstaat der Union, hat über 120 Millionen Einwohner und würde

als eigenständiger Staat zu den zehn bevölkerungsstärksten Ländern der Erde gehören. Geht man von der offiziellen Statistik aus, die 12 Prozent der Gesamtbevölkerung dem islamischen Glauben zurechnet, so ist die Indische Union mit nahezu 100 Millionen Muslimen einer der grössten islamischen Staaten der Erde. Gliedstaaten wie Maharashtra, Bihar, Westbengalen, Andhra Pradesh und Tamil Nadu, alle mehr als 50 Millionen Einwohner aufweisend, wären in den Grössenverhältnissen der Europäischen Gemeinschaft Grossmächte, und mit 20 Millionen Gläubigen hat Indien auch bei den christlichen Gemeinden eine numerisch nicht zu vernachlässigende Gemeinschaft. Hinzu kommt, dass das Gesetz der grossen Zahl die Indische Union praktisch in jedem Berufsbereich, sei dies bei Technikern, qualifizierten Arbeitskräften, Wissenschaftlern oder Computerspezialisten, in die globalen Spitzengruppen einordnet.

Wichtiger indessen als nackte Zahlen ist die kulturelle, linguistische, ethnische, soziale und religiöse Vielfalt der Bevölkerung Indiens. Hier bietet Indien in der Tat einen beispiellosen Kosmos. Während Europa am primär sprachlich-kulturell untermauerten Nationalismus des 19. Jahrhunderts zerbrochen ist, und im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft einen geographisch eng umgrenzten und politisch höchst mühevollen Versuch zur Einigung unternimmt, vereinigt die Indische Union Völkerschaften, die kulturell, ethnisch und sprachlich eine grössere Bandbreite abdecken, als dies im gesamten Europa der Fall ist. Zwischen einem Bengalen und einem Tamilen liegen Welten, und nach wie vor ist eine Fremdsprache, Englisch, das effizienteste und am wenigsten kontroverse Verständigungsmittel zwischen den meisten Völkerschaften der Union.

Es ist naheliegend, dass in einem solchen Völkerkosmos Friktionen keine Seltenheit sind und zudem durch die prekären ökonomischen Verhältnisse, unter denen ein Grossteil der Bevölkerung leben muss, noch angeheizt werden. Man bedenke, welches Ausmass an Gewalt Schweizerstädte heimsuchen würde, wenn die Menschen unter Bedingungen leben müssten, wie sie in den Altstädten von Delhi, Kalkutta, Bombay oder Madras und in den umliegenden Slums herrschen. Beim Rundgang durch die verwinkelten Strassen Alt-Delhis, wo Hindus und Muslime Gasse an Gasse wohnen, in der mittäglichen Sommerhitze und bei ununterbrochenem Strassenlärm, sind ausländische Besucher stets erstaunt, weshalb hier Mord und Totschlag nicht zum Alltag gehören.

Wie in Spanien haben auch in der Indischen Union einzelne Regionen und Gliedstaaten ein unterschiedlich stark entwickeltes Bewusstsein der Eigenständigkeit. Während extremistische Sikhs im Pandschab einen unabhängigen Staat errichten wollen, während Bengalen und Tamilen ein ausgeprägtes kulturelles und sprachliches Selbstbewusstsein haben, fehlt beim

administrativen Kunstgebilde Uttar Pradesh, dem bevölkerungsreichsten Gliedstaat der Union, diese Orientierung. Auch sind zwischen Uttar Pradesh und Madhya Pradesh sprachliche Friktionen, wie sie im Grenzbereich von Maharashtra und Karnataka bestehen, unvorstellbar. Eine einheitliche föderalistische Ordnung der Indischen Union nach amerikanischem oder schweizerischem Vorbild müsste allein schon an diesen beträchtlichen Unterschieden scheitern. Darüber hinaus liegen bei vielen Konflikten die Ursachen nicht bei der ethnischen oder sprachlichen Zugehörigkeit, sondern bei Religion und Kaste, wo die gefährlichsten Konfliktpotentiale zu finden sind.

Jammu und Kaschmir hat als einziger Gliedstaat der Indischen Union eine mehrheitlich muslimische Bevölkerung. Nach Ansicht Islamabads, aber auch Delhis sowie zahlreicher Muslime auf beiden Seiten der Waffenstillstandslinie, ist die Grenzziehung in dieser Region des Subkontinents noch immer nicht endgültig. Drei Haltungen stehen sich gegenüber, wobei die letztgenannte die grösste Gefolgschaft haben dürfte: Anschluss des gesamten kaschmirischen Territoriums an Indien oder Pakistan, Beibehaltung des Status quo sowie die Schaffung eines souveränen Staates der Kaschmiris.

Die Analysen der Kaschmirkrise wie auch die Vorschläge zu ihrer politisch-militärischen Beilegung sind höchst unterschiedlich. Während indische Menschenrechtsgruppen, unterstützt durch internationale Berichte über die Lage im Kaschmirtal, den Sicherheitskräften gravierende Menschenrechtsverletzungen vorwerfen und von einem eigentlichen Besatzungszustand sprechen, fordern andere ein schärferes Durchgreifen der Armee und der paramilitärischen Sicherheitskräfte. Die Verfechter des letzten Kurses sehen das Kaschmirproblem primär als eine Folge externer, das heisst pakistanischer Interventionen und als Konsequenz indischer Unentschlossenheit bei der Bekämpfung der extremistischen und sezessionistischen Kräfte unter Kaschmirs Muslimbevölkerung. Zu dieser Kritik gehört auch der Vorwurf, Indien habe mit der Beibehaltung eines verfassungsrechtlichen Sonderstatus für Jammu und Kaschmir, worunter beispielsweise extensive Beschränkungen für die Wohnsitznahme und den Immobilienbesitz von Nicht-Kaschmiris fallen, den Eindruck bestärkt, der Gliedstaat gehöre nicht vollumfänglich zur Union.

Die Wurzeln der politischen Unabhängiskeitsbestrebungen unter den Sikhs reichen bis ins letzte Jahrhundert. Nach dem Abzug der Briten wurden die Hoffnungen auf einen eigenständigen Sikh-Staat neu genährt. Befürworter der Sezession betonen auch heute, dass London aus Dankbarkeit für die langjährige Loyalität den Sikhs einen eigenen Staat versprochen habe.

Die Beziehungen zwischen Hindu und Sikh Pandschabis gehören traditionell nicht zu den konfliktträchtigen. Hier gibt es keine ethnischen Grenzen, ja in vielen Fällen gehören Hindus und Sikhs denselben Familienclans an. Auch ist zu berücksichtigen, dass die Mehrheit der Opfer der Terroristen Sikhs sind. Die langjährige Unrast hat aber auch dieses Beziehungsgeflecht in Mitleidenschaft gezogen. Dazu tragen Übergriffe der Sicherheitskräfte ebenso bei, wie gezielte Terroranschläge gegen Hindus, beispielsweise auf Bus- oder Zugreisende im Pandschab. Im Falle des Pandschabs ist es indessen ganz besonders schwierig, die Trennlinie zwischen politisch wie auch immer motivierter Gewalt und gemeiner Bandenkriminalität, beziehungsweise traditionellen Familienfehden, zu ziehen. Letztere waren in diesem Grenzgebiet schon immer endemisch und haben durch die aus dem Drogenhandel resultierenden beträchtlichen Geldzuflüsse in den letzten Jahren noch stark zugenommen. Der Pandschab, ein Durchgangsland für Drogen aus Afghanistan und dem pakistanischen Nordwesten nach Bombay (und von dort in die Welt hinaus), hat damit eine Entwicklung vollzogen, wie sie in mehreren Drogen-Durchgangsregionen in Lateinamerika und Südostasien schon vor längerer Zeit eingesetzt hat.

Wie im Falle Kaschmirs stehen sich auch beim Pandschab Befürworter einer harten militärisch-polizeilichen Linie und Verfechter einer gesprächsbereiten Haltung gegenüber. Das Dilemma besteht darin, dass der Kurs der «Falken» bisher stets neue Eskalationen der Gewalt bewirkt hat – so die Ermordung Indira Gandhis als «Vergeltung» für die von ihr angeordnete Militäraktion im Goldenen Tempel zu Amritsar, dem höchsten Heiligtum der Sikhs –, während Verhandlungsangebote der gemässigten Kräfte in Delhi seitens der Sikhs mit stets neuem Radikalismus quittiert werden.

Die Unrast in Assam wiederum hat weniger mit grenzüberschreitenden Loyalitäten zu tun, auch wenn von Delhi seit kurzen glaubhafte Berichte präsentiert werden, denen zufolge assamesische Terrorgruppen Trainings- und Nachschublager in Bangladesh unterhalten. Der Hauptgrund der Krise in diesem, auch wegen grösserer Ölvorkommen wichtigen Gliedstaat ist ein sich verschärfender Kampf um die Verteilung knapper Ressourcen. Aufgrund des Bevölkerungsdrucks in den fruchtbaren Ebenen der grossen nordindischen Flusssysteme hat sich die Abwanderung in entlegenere Täler intensiviert, was naturgemäss von einer ohnehin schon in Armut subsistierenden einheimischen Bevölkerung nicht widerstandslos hingenommen wird. Auch wenn inzwischen der Terror in manchen Teilen Assams «pandschabische Dimensionen» angenommen hat, lösen Assams Ordnungsprobleme in Delhi nicht die Alarmglocken aus, die von vergleichbaren Ereignissen im Kaschmirtal oder im Pandschab in Betrieb gesetzt werden. Allein schon von den geographischen Voraussetzungen her kann Assam schwerlich als ein potentielles indo-pakistanisches Konfliktteritorium gesehen werden.

Grosser Bewegungsspielraum für die Reform des Staatsaufbaus

Die über die Indische Union verstreuten, zumeist sporadisch aufflammenden Konfliktherde sind für den nationalen Zusammenhalt von unterschiedlicher Bedeutung. Während Sprachenstreite und Kastenkonflikte von innen- und sozialpolitischer Relevanz sind, haben Zusammenstösse zwischen Hindus und Muslimen vor dem Hintergrund von 1947 eine sezessionistische oder zumindest subversive Sprengkraft.

Für den Tag schreibende westliche Journalisten sind mit der Prognose über das baldige Auseinanderfallen der Indischen Union jeweils rasch zur Stelle, vor allem bei schlagzeilenträchtigen Katastrophen. Zuletzt war dies nach der Ermordung Rajiv Gandhis der Fall. Bezeichnenderweise sind russische Kommentatoren beim voreiligen Aufzeigen von Parallelen zwischen den Entwicklungen in Indien und in Osteuropa am zurückhaltendsten. Russen pflegen darauf hinzuweisen, dass Indien einen tief in die Geschichte zurückreichenden kulturellen Zusammenhalt aufweist, über den weder die Sowjetunion, noch Jugoslawien oder die Tschechoslowakei verfügen. Gujaratis und Biharis mögen ihrer sprachlichen und kulturell-zivilisatorischen Identität nach viel stärker differenzierte Nationalitäten sein, als etwa die Tschechen und Slowaken. Doch verfügen sie über ein gemeinsames Ethos, das sie als ihrem Wesen nach zutiefst indisch charakterisiert.

Dieses spezifische Indischsein kann nicht mit dem, Slowaken wie Tschechen einigenden Europäertum verglichen werden. Indien hat mit dem Hinduismus, der auch im subkontinentalen Christentum und Islam tiefe Spuren hinterlassen hat, eine religiös-metaphysische Identität. Zwar gehört das Christentum mit dem hellenistischen und jüdischen Erbe zu den konstituierenden Elementen der europäischen Identität, doch versteht es sich ausdrücklich als Weltreligion, während der Hinduismus ausschliesslich eine subkontinental-indische Religion ist und von weltweiter Mission Abstand nimmt.

Vor diesem Hintergrund findet sich für die Neustrukturierung des staatlichen Aufbaus der Indischen Union ein erheblich grösserer Bewegungsspielraum, als dies bei den zerbrechlichen Staatsgebilden Ost- und Mitteleuropas der Fall ist. Selbst für die krisengeschüttelten Gliedstaaten Kaschmir, Pandschab und Assam sind Sezessionen und Unabhängigkeit keine prioritären und schon gar nicht ausschliessliche Lösungsansätze. Im wesentlichen geht es deshalb nicht um ein Aufbrechen der Union, sondern um eine grundlegende Neugestaltung der Beziehungen zwischen Zentrum und Gliedstaaten. Dafür spricht auch die ausgeprägte Konsens- und Kompromissfähigkeit der indischen Eliten, wie sie sich beispielsweise bei der Beilegung des Sprachenstreits im südlichen Gliedstaat Tamil Nadu bewährte.

Die indische Verfassung räumt den Gliedstaaten eine Reihe von Aufgaben ein, teils in ausschliesslicher Kompetenz, teils in Kooperation mit dem Zentrum. Von Föderalismus, wie er in unseren Breitengraden verstanden wird, kann allerdings nicht die Rede sein.

Diskussionen um die Zuteilung von Kompetenzen, insbesondere im Finanzbereich, wo bisher die direkten Steuern ans Zentrum gingen, während Verbrauchssteuern primär eine gliedstaatliche Angelegenheit waren, gehören seit der verfassungsgebenden Versammlung zum festen Bestand des politischen Lebens; und hier läuft seit einiger Zeit der Trend in Richtung Dezentralisierung.

Als die Kongresspartei unter Jawaharlal Nehru im unabhängigen Indien an die Macht kam, war sie schon von der Zusammensetzung ihrer Führungsspitze her ein höchst föderalistisches Gebilde. Nehru war, wie auch aus seinen Briefen an die Regierungschefs der Gliedstaaten ersichtlich ist, eher primus inter pares, denn allmächtiger Parteivorsitzender. Und während seiner langen Regierungs- und Parteiführung blühte eine grosse Zahl einflussreicher Provinzfürsten. Der von Indira Gandhi später betriebene Zentralismus war denn auch weniger Ausdruck einer institutionellen Präferenz, als das Ergebnis des harten Diadochenkampfes nach Nehru und Shastri.

Niemand war seines Amtes sicher, was zur vollständigen Abhängigkeit vom «High Command» in Delhi führte, dessen Meinung vor jeder wichtigeren Entscheidung eingeholt werden musste. Und zu diesem «High Command» gehörten neben Sanjay und später Rajiv Gandhi eine Reihe von Höflingen, die über keine eigenständige politische Basis verfügten, sondern sich nur mit exzessiven Loyalitätsbekundungen zur Premierministerin halten konnten.

Chefminister, die eine eigene politische Statur gewonnen hatten, sahen sich schon bald durch die vom «High Command» geförderten Dissidenten in den eigenen Reihen bedroht. Von ihren Erfahrungen mit dem «Syndikat», den ihr feindlich gesinnten Kongressbaronen aus der Nehru-Zeit, geprägt, hat Indira Gandhi zeit ihres Lebens die Entwicklung jedes gliedstaatlich eigenständigen Entscheidungszentrums in der Kongresspartei mit Argwohn verfolgt. Rajiv Gandhi, im Regierungs- und Parteimanagement höchst unerfahren, hat diesen Kurs, insbesondere nach dem raschen Popularitätsverlust von der Mitte seiner Legislatur an, fortgesetzt und dadurch auch zum Zerwürfnis mit seinem Finanzminister und späteren Premierminister, *V. P. Singh*, beigetragen.

Personalismus und Konsensfähigkeit in Vielfalt

Indiens Politik ist in hohem Masse vom Personalismus geprägt. Es ist deshalb zu erwarten, dass Reformen, die auf eine ausgewogene Verteilung

der Macht zwischen Zentrum und Gliedstaaten abzielen, nach dem politischen Verschwinden der Nehru-Gandhi-Familie, die in den letzten Jahrzehnten symbolisch für die Konzentration aller Macht in Delhi stand, eine bessere Chance auf Verwirklichung haben. Sowohl von den zeitgenössischen wie den historischen Gegebenheiten her wird es auf absehbare Zeit hinaus keine so dominierenden Persönlichkeiten geben wie Jawaharlal Nehru und Indira Gandhi. Hinzu kommt, dass angesichts der Zersplitterung der Parteienlandschaft bei nationalen Parlamentswahlen absolute Mehrheiten unwahrscheinlicher werden. All dies läuft auf eine verstärkte Notwendigkeit von Koalitionsbildungen hinaus, und auf dieses Geschäft verstehen sich die indischen Politiker besonders gut. Auch zu Zeiten der absoluten Mehrheiten der Kongresspartei waren Konsensfindung und Koalitionen ein wesentlicher Bestandteil der Alltagspolitik, ist doch die Kongresspartei ihrem Wesen nach den amerikanischen Grossparteien oder den japanischen Liberaldemokraten viel ähnlicher als den klassischen Parteien Europas

Nachdem während der ersten vier Jahrzehnte des Bestehens der Indischen Union Uttar Pradesh als politisches Hinterland der Premierminister dominierte, besteht nun die Möglichkeit, dass für einen längeren Zeitraum bei der Besetzung des höchsten Exekutivamts andere Gliedstaaten zum Zuge kommen. Premierminister *P. V. Narasimha Rao* entstammt dem südindischen Andhra Pradesh, und die wichtigsten Anwärter der Kongresspartei auf Narasimha Raos Nachfolge kommen aus Maharashtra beziehungsweise Madhya Pradesh, – auch hier eine Zuwendung zur Vielfalt.

Seit Jahrtausenden prägt die Spannung von unermesslicher Vielfalt und Streben nach Einheit den Subkontinent, der, was Sprachen, Kulturen und Religionen betrifft, vielfältiger als Europa und zugleich geeinter als der alte Kontinent ist, der zuletzt durch die beiden Weltkriege zerrissen und zerstört wurde. Die Höhepunkte der indischen Geschichte finden sich in jenen Imperien, welche die Dialektik von Vielfalt und Einheit politisch zu meistern verstanden: Ashoka und Akbar. Die Väter der Indischen Union hielten sich, ungeachtet der religiös motivierten Sezession Pakistans, an diese Erkenntnis. Sie verwarfen die durchaus denkbare Alternative eines hinduistischen Hindustans zugunsten eines säkularisierten Staates mit Toleranz für alle Religionen.

Die nationale Einheit, die sich schliesslich in der Verfassung der indischen Union niederschlug, war von Anfang an auf der Akzeptanz der Vielfalt aufgebaut. Den Gründerjahren, die aus politischer Zweckmässigkeit die Betonung auf die Vielfalt legten, folgte eine Phase der Zentralisierung. Heute wiederum ist das Pendel dabei, in Richtung Vielfalt auszuschlagen, nicht nur den ökonomischen und politischen Gegebenheiten, sondern auch dem Zeitgeist Rechnung tragend. Das Bewusstsein davon, wie in der Ver-

gangenheit auswärtige Mächte die allzu weitgehende Schwächung des Zentrums für ihre expansionistischen Ziele zu missbrauchen wussten, wird als mässigender Faktor wirken. Fundamente für ein modernes Staatswesen, das der Vielheit in der Einheit Raum gibt, sind vorhanden.

Was hat der Schweizer im Schlafzimmerschrank und auf dem Frühstückstisch?

Höchstwahrscheinlich Technik und Know-how aus Neuhausen am Rheinfall. Die stekken im Sturmgewehr genauso wie in fast allen Butter- und Cornflakes- und Kaffee-Packungen. So bekannt nämlich hierzulande die SIG-Armeewaffe ist, so geschätzt sind SIG-Verpackungsmaschinen weltweit. Doch der Name SIG steht für noch mehr: An rund 5000 Arbeitsplätzen im Stammhaus und in den Tochtergesellschaften in der Schweiz und im Ausland entwickeln und bauen die Ingenieure und Facharbeiter der SIG auch Drehgestelle für Schienenfahrzeuge, Stollenlokomotiven, Antriebssysteme, Bau- und Bergbaumaschinen, Werkzeugmaschinen und Transportgeräte.

SIG Schweizerische Industrie-Gesellschaft
Neuhausen am Rheinfall

SIG